

Der EAK als das politische Vermächtnis von Hermann Ehlers¹

von Thomas Rachel MdB,

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)

I. Einleitung

Heinrich von Brentano sagte anlässlich der Trauerfeier des Deutschen Bundestages für Hermann Ehlers am 2. November 1954 über den verstorbenen Bundestagspräsidenten und Gründer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) die sehr treffenden Worte:

„Hermann Ehlers war tief verwurzelt in seinem Glauben. Aus dieser Gläubigkeit zog er die Kraft. Er selbst bezeichnete sie einmal als den Motor jedes politischen Handelns. Fest und unbeirrbar war er in seiner tiefen Religiosität, aber niemals stolz und selbstzufrieden. Wer ihn kannte, weiß, dass er getrieben war von der Unruhe eines Menschen, der um die Erkenntnis des Richtigen unermüdlich gerungen hat. Aber er wusste auch, dass die absolute Wahrheit der menschlichen Erkenntnis verschlossen bleibt und sich nur dem gläubigen Menschen zu offenbaren vermag. Und von diesem Glauben her war sein Handeln bestimmt.“²

In diesen Worten von Brentanos mag auch für diejenigen Generationen, die den Namen Hermann Ehlers allenfalls noch beiläufig aus den Geschichtsbüchern zur Kenntnis genommen haben, etwas von der Größe, der Charakteristik und der Bedeutsamkeit dieses großen protestantischen Politikers der Bundesrepublik Deutschland deutlich werden, der am 29. Oktober 1954 plötzlich und viel zu früh verstorben ist.

Über alle Partei- und Konfessionsgrenzen seiner Zeit hinweg genoss Ehlers höchste Achtung und Respekt, auch bei denen, die aus theologischen oder politischen Gründen seinen Weg nicht mitzugehen bereit waren. Dies mag neben den herausragenden intellektuellen Eigenschaften von Ehlers, neben seiner enormen Physis und seiner erstaunlichen Leistungskraft wohl vor allem in seiner persönlichen Integrität und Charakterfestigkeit als Mensch und Persönlichkeit des öffentlichen Lebens begründet liegen. Ehlers eigenes vorbildhaftes Wirken sowie sein politisches Vermächtnis, das in Form der programmatischen Arbeit des EAK seinen festen und unverzichtbaren Platz in der Union hat, legen ein inspirierendes Zeugnis ab von der auch für uns heute so wichtigen und notwendigen Verbindung von Glaube und Politik.

Wenn ich nun im folgenden etwas über das politische Vermächtnis von Hermann Ehlers ausführe, so tue ich dies in der Gewissheit, dass das, wofür Person und Werk von Hermann Ehlers stehen, auch heute noch in dem von ihm 1952 gegründeten Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU eine lebendige Verpflichtung darstellt. Das deutsche Wort „Vermächtnis“ kommt ja vom Verb „vermachen“, was ja eigentlich den Vorgang des Vererbens bezeichnet. Und genauso wie bei allen Erbschaftsfragen bzw. -angelegenheiten des normalen Lebens kommt es auch beim EAK heute wesentlich darauf an, auch unter völlig gewandelten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und weltpolitischen Rahmenbedingungen,

¹ Leicht überarbeitete Fassung meines Aufsatzes „Hermann Ehlers' Beitrag zur politischen Rolle des Protestantismus in Deutschland“ in dem von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Bändchen „Christ sein in der Politik, Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstages“, Zukunftsforum Politik Nr. 59, St. Augustin 2004, S. 21-34.

² Der Deutsche Bundestag (Hg.), Hermann Ehlers - Präsident des Deutschen Bundestages - Zum Gedächtnis, Bonn 1954, S. 31.

den Geist dieses Ehlers'schen Erbes lebendig und aktuell zu erhalten. Es geht es also auch bei uns, beim EAK, jeden Tag wieder neu darum, - lukanisch gesprochen- dieses uns „anvertraute Pfund“ (Lukas 19,11-27) nicht nur als bloß historisch-erbauliches Andachtsbildchen zu verwahren, sondern mit ihm - im Sinne der konkreten politischen Mitgestaltung - zu wuchern.

Ehlers lebendiger Schatten reicht bis in unsere Gegenwart. Und dieses Jahr, in dem wir als Christdemokraten seines 100. Geburts- und 50. Todestages gedenken, wollen insbesondere wir als Protestanten in der Politik zum Anlass nehmen, uns auf unseren Beitrag zur aktuellen politischen Kultur in unserem Land neu zu besinnen und uns im Sinne unserer evangelischen Verantwortung in die Debatten und Diskussionen tatkräftig und gewissenhaft einzubringen.

Doch worin besteht nun der spezifische Beitrag von Hermann Ehlers zur politischen Rolle des Protestantismus in der Bundesrepublik Deutschland genau? Wie kann man das Vermächtnis von Hermann Ehlers, dieses hohe und verpflichtende Erbe, das der EAK sozusagen als „natürlicher Erbbegünstigter“ angetreten hat, charakterisieren und konkretisieren?

Um diese Frage zu beantworten, will ich weder eine bloße Geschichte der Gründung des EAK geben (das mag man in der Literatur nachlesen) noch mich gleich in gegenwartspolitische Streitfragen hineinbegeben (das ist Aufgabe der Tagespolitik). Ich will stattdessen ganz bei Hermann Ehlers selbst bleiben, gewissermaßen bei unserem Erblasser selbst, und damit sogleich systematisch einige bleibende Grundideen sowie Verpflichtungen seines politischen „Testamentes“ für uns heute skizzieren. Ein wenig Historie – der Sache geschuldet – läßt sich gleichwohl nicht völlig vermeiden.

II. Protestantismus und parlamentarische Demokratie

Das größte Verdienst von Hermann Ehlers bestand wohl in seinem steten Einsatz für die Gewinnung der Protestanten für die aktive politische Mitarbeit, einer im übrigen bis heute wichtigen und manchmal kraftzehrenden Herausforderung. In der Einbindung der Protestanten in die nach dem Zweiten Weltkrieg neu gegründete Union hat diese Bemühung vor allem in der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises im Jahre 1952 in Siegen aber auch bei der äußerst erfolgreichen zweiten Bundestagswahl des Jahres 1953 seinen Niederschlag gefunden. Insbesondere Konrad Adenauer würdigte damals ausdrücklich die Bedeutung des Anteils protestantischer Christen am Wahlerfolg der Union, die sich somit – nicht zuletzt eben durch Ehlers eifriges Betreiben – als tragfähiges Bündnis interkonfessioneller politischer Zusammenarbeit bewährt hatte.

Man kann die diesbezügliche Bedeutung des Wirkens von Ehlers nur dann in vollem Umfange ermessen, wenn man sich vor Augen führt, wie umstritten die Programmatik einer neuen Partei mit dem „C“ in ihrem Namen insbesondere unter Protestanten gewesen ist. Auch hier lässt sich sofort eine Brücke zur Gegenwart schlagen, denn nicht wenigen, darunter überproportional vielen Theologen, ist das „C“ im Parteinamen ja bis heute etwas suspekt. Hermann Ehlers hat diese Kritik einmal folgendermaßen aufgegriffen:

„Die politischen Gegner jeder Art laufen gegen diesen Namen Sturm mit der Behauptung, die CDU wolle für sich selbst ein Monopol des Christlichen in Anspruch nehmen und spreche anderen das Christsein ab. In neuerer Zeit wird das schon früher bewährte Wort Klerikalisierung in die Debatte geworfen, und diejenigen, denen aus der Hitlerzeit die ‚Entkonfessionalisierung der Politik‘ noch wohlgefällig im Ohre klingt, benutzen gerne das Wort von der Konfessionalisierung der Politik.

Die immer besonders grundsätzliche und gründliche evangelische Theologie hat sich dieser Frage mit großer Akkuratess angenommen und jenseits und diesseits des Rheins wird sehr viel Mühe darauf verwandt, immer wieder zu beweisen und zu betonen, dass es weder eine christliche Politik noch eine christliche Partei geben könne.

Es scheint mir in diesem ganzen Wirbel notwendig zu sein, einmal sehr schlicht darauf hinzuweisen, dass wir uns bei der Gründung der Partei im Jahre 1945 über diesen ganzen Wust von Ideen und theologischen Lehren nicht die geringsten Gedanken gemacht haben. Selbst die überzeugtesten katholischen Anhänger einer Naturrechtslehre haben das sicher nicht getan, sondern alle haben instinktiv eine Folgerung aus einem bis zum Sterben des Volkes ausgekosteten Erlebnis gezogen. Sie haben erfahren, dass ein Volk, das in seinem ganzen Leben, in seiner Kultur- und Sozialpolitik, in seiner Wirtschaftspolitik, in seiner Innen- und Außenpolitik darauf ausgerichtet wird, Gott zu vergessen, ihn von seinem Thron zu stoßen und auf diesen Thron einen lebendigen Menschen oder eine Ideologie zu setzen, untergeht. So brutal, aber auch so einfach war es.³

Gerade Weggenossen von Ehlers aus der Zeit der Bekennenden Kirche, wie beispielsweise Martin Niemöller oder der reformierte Theologe Karl Barth, standen sowohl dem Gedanken als auch der konkreten Politik der christdemokratischen Partei skeptisch bzw. ablehnend gegenüber.

Während also der eine Teil des Protestantismus aus dem „Chaos von Schuld und Schande“, in das die „Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers“ Deutschland gestürzt hatte, sich eine neue Ordnung in demokratischer Freiheit nur unter den Vorzeichen einer Rückbesinnung auf die „kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ (vgl. Gründungsaufwurf der CDU vom 26. Juni 1945⁴) vorstellen konnte, meinte der andere Teil - traditioneller protestantisch-politischer Zurückhaltung gemäß - , aufgrund derselben Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus heraus die klare Trennung von Glaube und jeglicher Politik betonen zu müssen.

Ehlers, der ja selbst profunde theologische Kenntnisse besaß, hatte vor allem für manch akademisch-theologische Kritik wenig Verständnis. Als Lutheraner wusste er, dass es keine „christliche Politik“ im Vollsinn des Wortes geben könne, und war sich der notwendigen Scheidung von geistlichem und weltlichem Regiment wohl bewusst. Er wusste aber auch, und das wurde er nicht müde gerade bei seinen Konfessionsgeschwistern immer wieder anzumahnen, dass es insbesondere der evangelischen Christenheit in ihrer wechselvollen Geschichte bis dato nicht wirklich gelungen war, einen positiven und eigenständigen politischen Beitrag für die parlamentarische Demokratie beizusteuern.

Demgegenüber war der traditionell geschlossen auftretende römische Katholizismus in Deutschland spätestens seit der Zeit des Kulturkampfes unter Bismarck in weitaus größerem Ausmaße für die politischen Herausforderungen in einem Parteiensystem sensibilisiert und geschult. Nicht zuletzt die traditionelle protestantisch-preußische Allianz zwischen Thron und Altar war dafür verantwortlich, dass nach 1918 in der Weimarer Republik das ganze Ausmaß defizitärer parlamentarischer Bewusstseinsbildung und -prägung von evangelischer Seite aus überdeutlich zu Tage trat. Hermann Ehlers selbst ist hier durchaus beispielhaft, da er erst - vermittelt durch die grauenvollen Erfahrungen des völligen politischen Scheiterns in der Zeit des Nationalsozialismus - ein wirklich positives Verständnis zur parlamentarischen Demokratie gefunden hatte.

³ H. Ehlers, Die Mitte, in: Zeitwende – die neue Furche, Hamburg 12. Dezember 1954, XXV. Jahrgang, S. 805.

⁴ in: Peter Hintze (Hg.), Die CDU Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben, Bonn 1995, S. 3.

Es waren für den Protestantismus in Deutschland zum einen der Verlust ehemals selbstverständlicher staatskirchenrechtlicher Privilegierung und die schmerzhaften Erfahrungen aus der Zeit der Bekennenden Kirche, die die Protestanten aus der Sicht von Ehlers und anderen zum Neu- bzw. Umdenken in Bezug auf das politische Engagement nötigte. Zum anderen lag es aber auch an einer sozusagen selbstkonditionierten und notorischen Schwäche eines im Hinblick auf die konkreten politischen Herausforderungen unterbestimmten Verständnisses von politischer Verantwortung, das sich im konkreten ethischen wie gesellschaftspolitischen Bereich oftmals als hinderlich erwies, und das es für ihn zu überwinden galt.

Der regelrechten Abstinenz breiter Teile des Protestantismus – insbesondere im Gegenüber zum politisch aktiven römischen Katholizismus – galt es entschieden entgegenzutreten. Es war Ehlers zuwider, wenn das evangelische Christsein sich im politischen Diskurs auf Protest und Negation zurückzuziehen drohte.

„Kampfparolen irgendwelcher Form können nicht überdecken, dass die Substanz nicht vorhanden ist“⁵, sagte Ehlers einmal sehr schön und forderte damit die evangelischen Christen in Deutschland auch bezüglich des politischen Mandats zum substantiellen und engagierten Beitrag und damit zur Wahrnehmung ihrer evangelischen Verantwortung auf. Insbesondere der nicht selten geäußerten Kritik, die Union sei eine verkappte neue „Zentrumspartei“, in der allein die Katholiken das wirkliche Sagen hätten, begegnete er mit dem entschiedenen Aufruf zur protestantischen Mitbeteiligung in der Politik und zur Besinnung auf das protestantische Selbstbewusstsein und Profil. Dieser Aufruf konnte dann, bei aller brennenden Liebe für seine Evangelische Kirche, ganz reformatorisch, auch deutlich selbstkritische Töne annehmen:

„Der evangelische Christ muss lernen, dass er auch und gerade im öffentlichen Leben evangelischer Christ ist. Es muss einmal diese falsche und unrichtige Objektivität, die wir oft vorschreiben, überwunden werden. Manche Evangelischen glauben immer, dass sie in dem Augenblick, wo sie ein Amt, wo sie eine Verantwortung im öffentlichen Leben haben, dass sie dann nicht mehr gefordert seien, eine evangelische Verantwortung wahrzunehmen, sondern dass sie wie ein Roboter nur noch objektiv zu handeln hätten.

Nichts gegen die Objektivität in der Politik, aber es ist doch so, dass nur Menschen öffentliche Verantwortung wahrnehmen können, die es mit Blut und Leben tun und die es nicht nur theoretisch irgendwo in Prinzipien auf dem Papier festlegen. (...)

Meine Freunde, wenn ich sage, dass wir möchten, dass der evangelische Christ eine christliche Verantwortung im öffentlichen Leben wahrnimmt, dann wird ihn niemand davon befreien, dass er das in einer eigenen Entscheidung tut, und wir werden und wollen von keiner evangelischen Kanzel hören, man müsse die oder jene Partei deswegen wählen, weil man evangelischer Christ ist.

Aber (...) ich möchte von vielen evangelischen Kanzeln und von vielen evangelischen Pfarrern hören, dass es eine Pflicht ist zu wählen. Dass es eine Pflicht ist, eine persönliche politische Entscheidung zu fällen, und dass man diese Entscheidung als Christ nur dann recht fällen kann, wenn man bereit ist, die politische Gliederung, der man sich anschließt und für die man stimmt, danach zu fragen, ob sie einem im vollen Umfange die Freiheit gibt, Christ zu sein.“⁶

⁵ D. Dr. Ehlers- Ludwig Metzger- D. Heinrich Bornkamm, Die politische Verantwortung des evangelischen Christen, Lüneburg 1954, S. 3.

⁶ a. a. O., S. 5.

Diese Worte von Ehlers dokumentieren überdeutlich, dass er unter christdemokratischer Politik gerade keinen christlich-politischen Exklusivitäts- oder Monopolanspruch verstand. Ihm war natürlich bewusst, dass es auch in anderen Parteien glaubwürdige und aufrechte Christen gab. Christdemokratische Politik nach Ehlers gewann aber gerade in dieser ausgesprochenen und dezidierten Forderung Kontur, sich als bekennender Christenmensch immer wieder neu dem Wagnis des politischen Alltagsgeschäftes auszusetzen und sich auf der Grundlage der ureigensten Hoffnung in die konkrete Politik einzubringen, immer im Bewusstsein der eigenen Fehlbarkeit und Sündhaftigkeit, aber auch immer um die Verantwortung für das Wohl des deutschen Volkes wissend.

Wenn es für Ehlers einen politischen Sündenfall par excellence gab, so war dies der politische „Ohne-mich-Standpunkt“ schlechthin bzw. das bloß bequeme und gesinnungsethische Kommentieren von Politik, ohne sich selbst den Zweideutigkeiten und Fragwürdigkeit dieses zwar entbehrensreichen aber gleichwohl notwendigen Geschäftes mutig auszusetzen.

III. Geistliches und weltliches Mandat nach evangelischem Verständnis

Es war bereits die Rede davon, dass sich Ehlers über die notwendige Differenzierung von geistlichem und weltlichem Regiment wohl bewusst war. Auf Luthers so genannte „Zwei-Reiche-Lehre“, die man ja besser als die Lehre von den zwei Regimenten Gottes in der Welt bezeichnen sollte, ist hier nun kurz einzugehen. Als besondere Pointe dieser Lehre von den zwei Regimenten darf mit Fug und Recht die Betonung der eigenständigen Bedeutsamkeit des Regimentes zur „Linken“ Gottes bezeichnet werden, ohne dass daraus eine völlige Eigengesetzlichkeit des, modern gesprochen: politischen Mandats resultieren würde. Auch das weltliche Regiment ist eine, wenn auch indirekte Wirkweise des göttlichen Heilshandelns in der Welt. Also gerade das, was man der „Zwei-Reiche-Lehre“ insbesondere von reformierter Seite immer wieder zum Vorwurf machen wollte, dass sie nämlich die Politik in theologisch ungebührlicher Weise sich selbst zu überlassen drohte, trifft nicht die ursprüngliche Intention Luthers. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass diese Vorwürfe gegenüber der so genannten „Zwei-Reiche-Lehre“ nicht nur unbegründet sind, sondern dass sie sich im Gegenteil – recht verstanden - geradezu vorzüglich dazu eignen, Geistliches und Weltliches bzw. Kirchliches und Politisches in wohlverstandener Weise aufeinander zu beziehen und ihrem jeweiligen Eigenauftrag gemäß zu differenzieren.

Dieses Stück lutherischer Theologie, das sich nebenbei bemerkt gut mit der ersten und fünften These der Barmer Theologischen Erklärung vereinbaren lässt, ruft uns vor allem in Erinnerung, dass alles politische Wollen und Wirken, soweit es von Menschenhand stammt, bloß begrenzter und vorläufiger Natur ist. Das Regiment zur Rechten ist uns in dieser Weltzeit nur auf Hoffnung hin verheißen, das Regiment zur Linken bietet den vorläufigen Raum für menschliches Handeln, das wir als Menschen – gemäß der Einsicht der lutherischen Rechtfertigungslehre – als Sünder und Gerechtfertigte zugleich zu verwalten haben. Vor diesem Hintergrund leitet sich dann auch der genuin evangelische Zugang zur politischen Frage ab, die auch für Ehlers nie als eine Bekenntnisfrage im engeren Sinne eingestuft wurde.

Ehlers stand deutlich vor Augen: Die große Gefahr für Glaube bzw. Kirche und Welt bzw. Politik besteht immer nur dann, wenn es zur fälschlichen Verwechslung bzw. Vermengung dieser beiden von Gott eingerichteten Regimente bzw. der aus ihnen sich ergebenden Ämteraufgaben kommt. Auf die rechte Unterscheidung kommt also alles an.

In der Konsequenz dieses Denkens konnte Ehlers in Bezug auf das geistliche Amt betonen:

„Die Kirche hat niemals ein politisches Tagesprogramm zu vertreten, aber sie hat die Herrschaft Gottes über alle Menschen, auch soweit sie im Raum der Politik handeln, zu verkünden. Und dieser Herrschaft Gottes unterstehen auch Staaten und Völker. Die Kirche hat hier als die Hüterin des Gesetzes Gottes ein Wächteramt.“⁷

Und in Bezug auf das politische Mandat konnte er wiederum sagen:

„Und welcher Partei er – der Christ – sich auch anschließen mag, er wird es immer tun müssen in der Bereitschaft (...): Wenn ich einmal vor der Frage stehen sollte, Partei oder Jesus Christus, so müsste ich sagen: Liebe Partei, ade! Ich bleibe bei Christus. Und das gilt für jede Partei, die heute um uns wirbt.“⁸

Ehlers konnte also den wesentlichen Impuls des Glaubens für die Motivation des politischen Geschäfts betonen, aber gleichzeitig auch die Begrenztheit eben dieses politischen Geschäftes im Sinne des Vorläufigen würdigen.

Seiner dezidiert evangelischen Auffassung vom politischen Beitrag des Christenmenschen wohnte ein insgesamt antiideologischer und wohltuend sachlicher Grundzug inne, der die Dinge des Glaubens und die Dinge dieser Welt in einer differenzierten Weise sowohl voneinander unterschied als auch aufeinander bezog. Als frommer Mann lehnte er jeglichen Versuch der direkten Übertragung von biblischen Glaubenswahrheiten in die Politik genauso ab wie die Instrumentalisierung von Glaube und Kirche durch die Politik.

IV. Gegenwärtige Perspektiven

In dieser Hinsicht kann Ehlers auch für uns heutige Protestanten in der Politik Wegweisung und Orientierung bieten. In einer Zeit, in der die konfessionellen Gegensätze zum Glück ihren destruktiven Charakter verloren haben, gilt es gleichwohl ihren konstruktiven Charakter im Sinne der versöhnten Verschiedenheit zu bewahren und keinesfalls zu überspielen. Es geht natürlich heutzutage nicht mehr in erster Linie darum, wie noch zu Ehlers Zeiten peinlich und akribisch auf den Konfessionsproporz in der Union zu achten. Altbundeskanzler Kohl hat vorgestern in der KAS in Berlin bei einer weiteren „Ehlers-Gedenkveranstaltung“ darauf hingewiesen, dass dies natürlich praktisch-politisch zur Zeit von Ehlers noch ganz anders war. Altbundeskanzler Kohl sagte sinngemäß, dass es damals vor allem auch um den Konfessionsproporz gegangen sei und nicht nur um das genuine Umsetzen evangelischer Inhalte. Das ist zwar durchaus richtig. Trotzdem möchte ich hier eine kleine Korrektur nach der anderen Seite hin anbringen, sozusagen um der gegenteiligen Gefahr einer vereinfachenden Sichtweise, die ich die bloß nüchtern realpolitische nennen möchte, vorzubeugen:

Meine Damen und Herren, natürlich gehören Proporz und Inhalt untrennbar zusammen. Nur wenn sich viele überzeugte Protestanten auch tatsächlich in die Politik einbringen, besteht die Chance, dass auch die wesentlichen Inhalte zur Genüge auftauchen.

Ich sage darum hier sehr deutlich: Auch in der Geschichte des EAK der CDU/CSU gilt natürlich -, dass es auch hier teilweise ordentlich „menschelte“, - und manchmal mehr, als einem persönlich vielleicht lieb ist. Darin gibt es im übrigen keinen

⁷ Sonntagsspiegel, 5.5.1946.

⁸ Ebd.

Unterschied zu den übrigen Parteien, Institutionen, Interessengruppen und bekanntermaßen auch der verfassten sichtbaren Kirche.

Und dennoch bin ich nicht bereit, weder eine vereinseitigende Sichtweise aufs politische Geschäft im allgemeinen noch auf den Beitrag des EAK im besonderen zu akzeptieren, die unser so wichtiges politisches Mandat nur noch in den Kategorien bloß nüchtern pragmatischer Machtpolitik einordnet. Politik – und so auch eine aus evangelischer Verantwortung heraus – lebt in all ihrer natürlichen Unvollkommenheit und Vorläufigkeit von sehr viel mehr als der bloßen machtpolitischen Hand in den Mund. Sie lebt geradezu elementar von tragfähigen Überzeugungen, Werten und Normen, ohne die unser Gemeinwesen nicht existieren könnte.

Und das muss selbstverständlich auch noch dazu gesagt werden: Der Protestantismus hat nun einmal einen eigenen und gegenüber dem römischen Katholizismus grundsätzlich unterschiedlichen Zugang zur Frage des Politischen, wie auch übrigens des Ethischen. Politik aus evangelischer Verantwortung, die auch die wichtigen aktuellen ethischen Fragestellungen mit einbeschließt, kann sich auf kein päpstliches Lehramt, keine Sozialenzyklika und keine Naturrechtsidee stützen.

Evangelische Verantwortung in Politik und Gesellschaft gründet zunächst allein im Wort der Heiligen Schrift, in der Erkenntnis der Rechtfertigung des Sünders allein aus Glauben und der damit verbundenen Nichtvertretbar- bzw. Nichtdelegierbarkeit der eigenen glaubensverantwortlichen Gewissensentscheidung sowie in der Ablehnung jeglicher starrer Gesetzes- und Prinzipienethik.

Die Kehrseite dieser genuinen evangelischen „Freiheit des Christenmenschen“ ist dann zwar die notorische Schwierigkeit bei der Konsensfindung in Anbetracht der Pluralität der möglichen politischen wie ethischen Antwortversuche. Das ist schon in der Kirche selbst (etwa bei theologischen und ethischen Fragen) so und kann in der Politik darum auch nicht anders sein.

Doch diese Kehrseite gehört zum positiven Grundverständnis menschlicher Freiheit nach protestantischem Verständnis unabdingbar dazu. Der evangelische Christ in der Politik weiß, dass das verantwortliche Ringen um die besten Antwortversuche nun einmal in den Streit und die Zweideutigkeiten dieser Welt gehört. Er sieht daher auch in dem Versuch, diese Zweideutigkeiten im politischen Geschäft leugnen oder überspringen zu wollen, den theologisch wie politisch letztlich unzulässigen Versuch, weltliches und geistliches Amt miteinander zu verwechseln (**Barmen V**). Die direkte Berufung auf vermeintliche geistliche Autoritäten für die Alltags- und Gegenwartsfragen, sei es nun der Papst oder ein fundamentalistischer Schriftgebrauch, kann somit für das politische Amt nach evangelischem Verständnis keinen Maßstab bilden. Das ist die Würde und gleichermaßen auch die Bürde der evangelischen Verantwortung in der Politik.

Meine Damen und Herren, der EAK der CDU/CSU bemüht sich nun schon seit über 52 Jahren darum, eine Brücke zu bauen zwischen Kirche und Politik. Die Anforderungen, Aufgaben und Probleme im einzelnen haben sich natürlich über die Jahrzehnte in dem Maße gewandelt, in dem sich unsere gesamtgesellschaftliche Wirklichkeit und die diese wiederum bewegenden Themen gewandelt hat. Am Anfang der jungen Bundesrepublik stand beispielsweise die schwierige Frage der Wiederbewaffnung und der Westeinbindung, die auch im Dialog mit der Evangelischen Kirche teilweise zu ersten Spannungen führte. Wenn Sie sich einmal die damalige Argumentation protestantischer Kreise (hier vor allem Niemöller) gegen den eindeutigen Kurs der Union anschauen, wird für mich unter anderem auch deutlich, dass auch von so manchem

damaligen prophetisch-theologischen Pathos nicht viel übrig geblieben ist. Lassen Sie es mich auch – ich mache einen Sprung – beim Reizthema der 80er Jahre „Nato-Doppelbeschluss“ einmal vorsichtig so formulieren: Das Gericht der Geschichte geht nicht nur über die Politik und ihre Politiker hinweg, sondern auch über so manche evangelisch-theologische bzw. kirchliche Stellungnahme der Vergangenheit.

Ja, meine Damen und Herren, es gab sie nicht selten: die äußerst spannungsreichen Phasen, in denen es so mancher Unionspolitiker und auch EAK'ler beispielsweise auf zahlreichen Evangelischen Kirchentagen nicht einfach hatte, seine Positionen zu vertreten. Man wird darüber hinaus ganz nüchtern sagen müssen, dass in dieser Zeit auf beiden Seiten „Feindbilder“ entstanden sind, die heute jedoch auch schon wieder längst überwunden sind. Hermann Ehlers hat dies alles ja nicht mehr mitbekommen. Er war als Kirchenmann und Politiker in beiden „Welten“ zu Hause. Er konnte noch nichts von der 68er Bewegung, vom Nato-Doppelbeschluss oder der Wiedervereinigung seines geliebten Vaterlandes wissen, auch nicht von den Möglichkeiten moderner Bioethik oder etwa den Diskussionen um das Lebenspartnerschaftsgesetz bzw. kirchliche Segenshandlungen Homosexueller.

Der EAK verstand sich immer und versteht sich auch weiterhin – mutatis mutandis – im Geiste von Hermann Ehlers immer als eine Brücke zwischen Kirche und Politik. Es lag, liegt und wird auch weiterhin in der Natur der Sache liegen, dass nicht jeder Einzelne über diese Brücke gehen wird und auch so manche Konflikte und Spannungen nicht ausbleiben dürften. Solange diese jedoch von beiden Seiten aus sachlich und vorurteilsfrei ausgetragen werden, ist dies ja bekanntermaßen auch sogar ein Gewinn innerhalb demokratisch-offener Meinungsbildungsprozesse.

Blicke ich im Jahr 2004 einmal auf die überwiegende Vielzahl gemeinsamer Positionen zwischen Evangelischer Kirche und EAK, bin ich nicht im Zweifel darüber, dass wir gemeinsam auf einem guten Weg sind. Ich nenne stichwortartig nur die großen Übereinstimmungen in Fragen der Bioethik, die gemeinsame Ablehnung jeder Form der Aktiven Sterbehilfe oder der Einsatz für den konfessionellen Religionsunterricht bzw. ganz allgemein für ein gutes Staat-Kirche-Verhältnis. Es gibt auch Themen, wo der EAK tatkräftig vermittelt hat, in jüngster Zeit etwa bei der Frage des Zuwanderungsgesetzes, wo wir die Dringlichkeit der Nachbesserung insbesondere der humanitären Aspekte in unsere eigene Partei hinein kommuniziert haben. Doch ich will es bei diesen wenigen Beispielen belassen. Wer den EAK kennt, der weiß, dass uns die interessanten Themen auch im 50. Todesjahr von Hermann Ehlers nicht ausgehen.

Etwas anderes ist mir abschließend noch wichtig, weil ich meine, dass sowohl viele in der Politik wie auch in der evangelischen Kirche hiervon ein oftmals verzerrtes Bild haben: Das Bewusstsein des heutigen EAK ist eines von aktiven evangelischen Christen in der Union, die sich gleichzeitig als Teil und Glieder ihrer Kirche verstehen, ganz so, wie es Hermann Ehlers verstanden hat. Darum sollte man – bei aller notwendigen differenzierenden Rede von den beiden Polen „Kirche“ und „Politik“ immer im Auge haben, dass man hier nicht in einen (wenn auch nur sprachlichen) Dualismus verfällt, den ich leider von beiden Seiten aus oft wahrnehme: „Kirche“ im geistlichen Sinne ist für mich als Protestant und Politiker niemals ein Gegenüber, denn ich bin doch gerade Teil und mündiges Glied derselben. Das gilt auch und gerade dann, wenn ich politisch einmal anderer Meinung sein mag als viele meiner Glaubensgeschwister, die ihr geistliches Mandat wahrnehmen.

Doch Kirche hat auch eine „kirchenpolitische“ Seite. Nur dort, wo sich die sichtbare und verfasste Kirche – entgegen der 5. Barmer These – anheischig macht, als *solle und könne sie sich über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art,*

staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und ich füge hinzu, wo sie sich anheischig macht, einen sozusagen höherwertigen Blick auf die „Dinge dieser Welt“ zu haben, darf und muss ich als Protestant in der Politik widersprechen. Ich widerspreche in Freiheit auch überall dort, wo meine „Kirche“ oder öffentliche Vertreter derselben in der Gefahr stehen sollten, durch öffentliche Verlautbarungen im politischen Bereich, und zwar egal welcher Art, zu suggerieren, als könne es keine vertretbaren anderen Meinungen zu einem bestimmten politischen Thema geben.

Im Bewusstsein der Schwere, aber auch der Bedeutsamkeit dieser politischen Herausforderung für den protestantischen Christen wollen wir im Geiste von Hermann Ehlers als EAK weiterhin um die Lösung der wichtigen Probleme in unserem Land ringen und uns glaubwürdig einsetzen. Bei aller Vorläufigkeit des politischen Geschäftes werden wir immer die hohe Ernsthaftigkeit und Verantwortung dieses Berufes zu betonen haben, bei allem notwendigen Ernstnehmen desselben werden wir aber immer auch um seine Vorläufigkeit wissen.

Das Verhältnis von Glaube und Politik in evangelischer Verantwortung hat Ehlers einmal sehr schön formuliert und dies wird uns eine bleibende Mahnung sein:

„Die Verantwortung, die die Menschen für sich, für ihre Bürger, für die Gemeinschaft des Volkes tragen, muss eine andere sein, wenn sie nicht meinen, dass mit dem Tode alles aus ist, sondern dass ein letztes Gericht und eine letzte Gnade auf sie wartet. Wo es keine große Hoffnung gibt, gibt es auch keine vernünftige Politik.“⁹

⁹ Hans-Otto Wölber, *Christliche Werte in unserer Zeit*, Schriften der HEA Nr. 10, Hamburg 1980, S. 6.